

## Heimischen Industriestandort schützen und damit Arbeitsplätze sichern

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Gewessler!

Die Energie-Krise ist eine existenzielle Bedrohung für die heimische Industrie mit ihren rund 1 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Explodierende Preise für Strom und Gas haben in einigen Fällen bereits zur Drosselung oder Stilllegung der Produktion geführt, das bringt auch tausende Arbeitsplätze in Gefahr. **Wann, wenn nicht jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um gegenzusteuern?** Es braucht jetzt...

### ...rasche und zielsichere Entlastung für die betroffene Industrie

Das Modell der „Strompreiskompensation“ wurde speziell für den Fall der hohen CO<sub>2</sub>- und Energiepreise entwickelt und würde stromintensiven Unternehmen in der aktuellen Situation Luft zum Atmen geben. Längst stärken andere Länder in der EU – wie Deutschland oder Italien – ihrer Industrie damit den Rücken. Österreich muss hier rasch nachziehen. Darüber hinaus muss ein Transformationsfonds den Ausstieg der Unternehmen aus fossilen Energien unterstützen.

### ...einen sofortigen Belastungs-Stopp

Anstehende Gesetzesvorhaben dürfen nicht zu einer weiteren Belastungswave für unsere Industrie werden. Jetzt braucht es ein sofortiges Aussetzen sämtlicher Beschlüsse, die unseren Standort und unsere Unternehmen in dieser fordernden Zeit noch mehr unter Druck setzen würden. Eine falsch umgesetzte Dekarbonisierung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen.

### ...Pragmatismus statt Ideologie: Eine sichere Stromversorgung für uns alle

Wenn wir von russischem Gas unabhängiger werden möchten und weiterhin eine leistbare und stabile Energieversorgung sicherstellen wollen, müssen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller werden. Denn nur durch Sonntagsreden allein werden keine Wasserkraftwerke gebaut oder neue Netzleitungen erschlossen. **Konkret müssen Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Energieprojekte beschleunigt werden** – mit der bisherigen Blockade kommen wir nicht weiter. Unser Nachbar Deutschland hat das längst erkannt.

Die Unternehmen versuchen alles und stehen zum Standort, aber allein ist das momentan nicht zu schaffen – die Politik muss Verantwortung übernehmen und die richtigen Entscheidungen treffen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,  
die Industrie nimmt ihre Verantwortung für Arbeitsplätze, Wohlstand und Klimaschutz stets wahr – sie ist wesentlicher Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel und produziert im internationalen Vergleich bereits heute wesentlich klimaschonender als irgendwo sonst. Wir appellieren an Sie, realitätsnahe und praxisorientierte Rahmenbedingungen zu setzen. Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sind kein Widerspruch, sondern können nur eng aufeinander abgestimmt wirken und wachsen.

Mit freundlichen Grüßen,

  
**Georg Knill**  
Präsident, Industriellenvereinigung Österreich

  
**Dr. Peter Unterkofler, LL.M.**  
Präsident, Industriellenvereinigung Salzburg